A1

Kapitel

Initiator*innen:
Titel: **Bildung**

Text

Bildung

Um Bamberg mit seinen über 70 Schulen als Schulstadt gerecht zu werden und attraktiv zu bleiben, müssen diese Schwerpunkt der Rathauspolitik sein. Wir wollen die besten Schulen für unsere Kinder und die Wahrung gleicher Bildungschancen für alle.

Es muss daher mehr Geld für Schulhaussanierungen, Digitalisierung und den Ausbau der Ganztagsbetreuung bereitgestellt und die zeitliche Umsetzung beschleunigt werden. Jugendsozialarbeit soll gestärkt und die Sicherheit der Schüler:innen durch weniger Verkehr vor den Schulen erhöht werden. Universität und städtische Einrichtungen sollen für die Zukunftsentwicklung der Stadt genutzt werden.

Schulen

Bambergs Schulen müssen oberste Priorität in der Haushaltspolitik der Stadt Bamberg sein. Die bestehenden Schulhaussanierungen müssen schneller vorangetrieben werden. Wir wollen ein Investitionsprogramm aufsetzen, um alle notwendigen Sanierungen unter Einbezug möglicher Fördermittel zeitnah zu planen. Wir setzen uns für zukunftsgerechte Schulgebäude ein, die inklusive ‚Lernwelten' bieten und Raum für vielfältige pädagogische Konzepte lassen.

Dies ist vor allem bei den Planungen zum Ausbau der Ganztagsschule mit zu denken. In Bayern wird ab dem Schuljahr 2026/27 ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder eingeführt. Wie setzen uns dafür ein, dass zum Schuljahr 2029/30 alle Grundschulkinder in der Ganztagsbetreuung nicht nur untergebracht werden, sondern mit ausreichend Fachpersonal, pädagogischen Konzepten, guter Freizeitgestaltung und gesundem, bezahlbarem Mittagessen

versorgt werden. Das reine Bereithalten von Klassenzimmern ist keine Lösung. Ansprechende Freizeiträume - indoor wie outdoor – müssen bei den baulichen Veränderungen mitbedacht werden. Wir wollen Externe (z. B. Vereine, lokale Unternehmen, Ehrenamtliche), wo sinnvoll in die Erarbeitung der Konzepte einbeziehen.

Schulsituation in Bamberg-Ost

Gerade im Bamberger Osten besteht ein hoher Umsetzungsbedarf, was den Ausbau der Ganztagsbetreuung anbelangt. Hier kommt der ehemaligen Pestalozzischule eine zentrale Stellung zu. Wir setzen uns für eine rasche Sanierung des Bestandsgebäudes ein, einschließlich der Aula, sowie für den Bau neuer Räumlichkeiten für die bis jetzt angedachten 400 (!) Ganztagsschüler:innen des Schulverbunds Bamberg-Ost. Mittelfristig streben wir einen neuen Schulstandort in Bamberg-Ost an, um die bereits bestehenden Schulen zu entlasten, gerade im Hinblick auf Veränderungen auf dem Konversionsgelände (verstärkter Zuzug auf dem Lagarde-Gelände, Verkleinerung bzw. Aufhebung des Ankerzentrums und Verkleinerung der Einrichtungen Bundespolizei, Ausbau der Wohnmöglichkeiten).

In der kommenden Legislaturperiode müssen alle Schulgebäude moderne Sanitäranlagen erhalten.

Es ist nicht haltbar, dass nach den bayern- und deutschlandweiten Digitalisierungsoffensiven noch immer große W-LAN-Defizite an Bambergs Schulen existieren. Wir setzen uns ein, dass in allen schulischen Räumen ein funktionierendes W-LAN-System existiert sowie gute Soft- und Hardware steht, für die die Lehrer:innen gut ausgebildet sein sollen. Wir wollen die Kreidezeit in allen Schulklassen und Fachräumen beenden und diese mit interaktiven Tafeln ausstatten. Im Rahmen der jährlichen Investitionen für die Schulhaussanierung soll der weitere Ausbau zur Verbesserung der Akustik in Klassenzimmern vorangetrieben werden.

Das Verfahren zur Umsetzung von konkreten Vorschlägen und Maßnahmen muss für die Schulleitungen vereinfacht werden. Entscheidungen dürfen nicht durch das Zusammenspiel zwischen Schulamt, Immobilienmanagement, Amt für Digitalisierung und weiteren Verantwortlichen erschwert werden. Klare Ansprechpartner:innen mit Entscheidungskompetenz müssen für die Schulleitungen ersichtlich sein.

Durch das individuelle Bringen und Holen von Kindern mit dem Auto (Elterntaxis) entsteht bei Unterrichtsbeginn und -ende an vielen Schulen ein Verkehrschaos mit den entsprechenden Gefahren für die kleinen Verkehrsteilnehmenden, die zu Fuß kommen. Kinder und Eltern sollen für nachhaltige und sichere Wege zur Schule durch Angebote und Anreize sensibilisiert werden. Das Schulbussystem wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Zudem wollen wir das Konzept der Schulstraße umsetzen,

was bedeutet, dass der Straßenabschnitt vor der Schule ca. eine halbe Stunde vor Unterrichtsbeginn und -ende für den motorisierten Verkehr gesperrt wird.

Weiter fordern wir zur Sicherung des Schulumfelds Tempo 30 an den Eingängen und Zuwegen aller Schulen, nicht nur wie bislang direkt vor dem Schuleingang, sondern auch an den wichtigen Hauptverkehrsstraßen im unmittelbaren Umfeld von Schulen.

Wir wollen Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) an möglichst allen Schulen etablieren. Konkret wollen wir das an der Bamberger Berufsschule II entwickelte bszero-Konzept umsetzen. Das zielt darauf ab, die Berufsschule II Bamberg zu einem Vorreiter in nachhaltiger Bildung und CO2-Neutralität zu machen. Durch innovative Unterrichtsinhalte, klimafreundliche Infrastruktur und starke Kooperationen, soll eine Klimakultur geschaffen werden, die sowohl intern als auch extern als Leuchtturmprojekt Modellcharakter besitzt. Dabei soll gerade auch die Bedeutung der beruflichen Bildung für die Transformation zu einer klimaneutralen und klimagerechten Gesellschaft sichtbar werden.

Die Generalsanierung der Graf-Stauffenberg Real- und Wirtschaftsschule ist eine ausgezeichnete Gelegenheit, um diesen Schulstandort mit neuen Konzepten zukunftsfähig zu machen und neue Anziehungskraft zu gewinnen. Dies setzt eine Zusammenarbeit mit den Schulfamilien und der Stadtgesellschaft voraus.

Wir setzen uns ein, dass an allen Gymnasien die Digitalisierung und der Breitbandausbau massiv vorankommt und somitder Lehrplan zur Gänze umgesetzt werden kann. Bedingt durch die Wiedereinführung von G9 und steigende Schüler:innenzahlen müssen die räumlichen Gegebenheiten zeitnah und pädagogisch wertvoll vorhanden sein. Daher ist es auch notwendig das Eichendorffgymnasium in eine teilweise Dreizügigkeit zu führen, alleine schon um das Lehrpersonal als städtisches Gymnasium stabil halten zu können

Solange der Schulstandort im Ankerzentrum besteht, soll dieser die nötige Ausstattung für einen pädagogisch-didaktischen Unterricht erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind ab Ankunft in Deutschland Zugang zu Schulbildung hat. Dies gilt auch für eine zeitgemäße Schulmöblierung und Digitalisierung. Zur Finanzierung zahlt der Freistaat jährlich Schulgeld, das wir in Gänze für das Ankerzentrum verwenden wollen.

Bildung und Soziales

In der Stadtverwaltung werden die Bereiche Jugend- und Sozialarbeit und Schule noch viel zu sehr getrennt. Es braucht mehr und regelmäßigen Austausch, um den Bedürfnissen und Problemlagen der Kinder, Jugendlichen und Familien besser gerecht zu werden. Besonders in sozial benachteiligten Stadtgebieten bedarf es

intensiver lokaler Kooperation, etwa mit Streetworker:innen und anderen Partner:innen.

Die Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) muss an den Grund- und Mittelschulen ausgebaut werden. Eine steigende Anzahl von Fällen psychischer Erkrankung der Schüler:innen, gerade in der Nach-Corona-Zeit, Essstörungen, Mobbing, Schulverweigerung sprechen eine eindeutige Sprache. Wir setzen uns dafür ein, dass das auch die Gymnasien sowie die Wirtschaftsschule berücksichtigt werden, die bis jetzt keine Jugendsozialarbeit vorweisen können.

Einer Anregung aus den Schulen folgend, setzen wir uns für schulinterne Sozialbudgets ein, mit denen Schulleitungen unkompliziert bedürftigen Schulkindern unter die Arme greifen können, z. B. bei Ausflügen, Klassenfahrten, besonderem Sportbedarf usw.

Der Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket, das Kindern und Jugendlichen aus finanzschwachen Familien Kostenübernahme bzw. Zuschüsse gewährt, muss von allen Beteiligten (städtische Behörden, Schulen, Vereine usw.) gezielt beworben und von der Stadt und dem Jobcenter so unbürokratisch wie möglich gestaltet werden. Je Schule wollen wir eine Ansprechperson für BuT benennen lassen. Möglichst viele Familien sollen davon profitieren können.

Die Stadt sollte darauf hinwirken, dass aufgesunde und bezahlbare Ernährung in den Schulen gefördert wird und weitgehend regionale, biologische und faire Produkte verwendet werden. Für Kinder, die ohne Frühstück zur Schule kommen, soll es ein Frühstücksangebot geben.

Universität

Die Universität sehen wir als zukunftsweisend für die Stadt an, da sie Bamberg für junge Menschen attraktiv macht und durch Vorträge und Veranstaltungen zur Bildung in allen Lebenslagen beitragen kann. Daher wollen wir den fachlichen Ausbau und die räumliche Sanierung der Universität, wo wir können, unterstützen. Wir stehen hinter dem Konzept der Universität *in der Stadt*, um bestehende Gebäude über die Stadt verteilt zu nutzen. Wir fördern den dynamischen Dialog zwischen Universität und Stadtgesellschaft zu globalen Herausforderungen und deren Auswirkung auf unsere lokale Ebene.

An dieser Stelle soll insbesondere der Kooperationsvertrag zwischen den vier fränkischen Hochschulstandorten nicht nur verstärkt beworben, sondern transparenter, unbürokratischer sowie effizienter von den Studierenden genutzt werden können, um die bereits bestehenden Studienangebote der oberfränkischen Universitäten und Hochschulen weiter zu verzahnen. Die Kompetenzen der Universität (von Lehrenden und Studierenden) sollen gezielt in Projekten für die

Stadt genutzt werden (Denkmalschutz, Stadtplanung, Kultur usw.). Deshalb muss die Stadt einen solchen **Dialog** gezielt initiieren und verstetigen. Die besonderen Interessen der **Studierenden** für ihr Alltagsleben in unserer Stadt sollen unabhängig davon gegenüber dem Stadtrat vertreten werden durch regelmäßige gemeinsame Sitzungen von z.B. Stadtrat und Studierendenparlament bzw. Delegationen aus Vertreter:innen.

Städtische Bildungseinrichtungen

Städtische Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule und Stadtbücherei sollen gezielt darauf hinarbeiten, Kinder und Erwachsene aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Wir wollen die Angebote stärker als bisher in die Stadtteile bringen. Die Stadtteilbibliotheken sollen zu kleinen Bildungs- und Wissenszentren ausgebaut werden, um die Attraktivität zu erhöhen. Vereine, Pfarreien und Quartiere können als Kooperationspartner:innen gewonnen werden. Uns ist bewusst, dass diese Einrichtungen zwar freiwillige Leistungen der Stadt , aber für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft sehr wichtig und wertvoll sind. Wir erkennen bei diesen drei Einrichtungen äußerst positives Engagement und werden sie weiterhin politisch stark unterstützen.

Ausbildungsstadt Bamberg

Mit den vier Berufsschulen, dem Bildungszentrum der Handwerkskammer und den Berufsfachschulen kann Bamberg zu Recht als Ausbildungsstadt bezeichnet werden. In Bamberger Betrieben sind über eintausend junge Menschen als Auszubildende beschäftigt und dennoch konnten nicht alle Lehrstellen besetzt werden.

Wir Grüne setzen uns ein im Dialog mit Wirtschaft, Berufsverbänden, Gewerkschaften und Jugendverbänden das Thema Ausbildung stärker in den Fokus zu nehmen. Den von 2006 bis 2019 verliehenen BAzubi-Preis der Stadt Bamberg wollen wir neu gestalten und wieder an engagierte Ausbildungsbetriebe verleihen.

Wir machen uns dafür stark, die Fortschritte bei der Ausbildung von Geflüchteten zu intensivieren, um die Lücke bei den zu besetzenden Ausbildungsstellen zu verkleinern und damit auch eine bessere Integration in die Stadtgesellschaft zu erreichen.

Die Stadtverwaltung, die Stadtwerke, die Stadtbau und die Sozialstiftung sollen weiterhin ihrer Verpflichtung nachkommen und junge Menschen in verschiedenen Bereichen qualitätsbezogenausbilden.